

02. Öffentliche Arbeitsplätze sind krisenbeständig «Government at a Glance 2015»

Die Regierungen der OECD-Länder haben seit dem Beginn der Krise 2008 mit Reformen im Bereich der Beschäftigung und Löhne (Nichtersetzung von Abgängen bei Pensionierung, Anstellungs- und Lohnstopp usw.) im öffentlichen Sektor ihre Ausgaben reduziert. Das geht aus der OECD-Studie «Government at a glance 2015» hervor, in der mit mehr als fünfzig Indikatoren die Massnahmen in verschiedensten Bereichen wie öffentliche Finanzen, Personalbestände oder Zugang zu Daten und deren Richtigkeit untersucht werden. Trotz allem ist der Anteil des öffentlichen Personals in der Beschäftigung relativ stabil geblieben (21.3% im Jahr 2013 gegenüber 21.1% 2009), was belegt, dass die öffentlichen Arbeitsplätze in einer von schwachem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Krisenzeit einen Faktor der Widerstandsfähigkeit darstellen.

Unter den OECD-Ländern variiert der Anteil des öffentlichen Sektors in der gesamten Beschäftigung stark. Er ist mit mehr als 30% am höchsten in skandinavischen Ländern wie Dänemark oder Norwegen, während in Ländern Asiens und Lateinamerikas die öffentlich Beschäftigten einen geringeren Anteil ausmachen; er beträgt 8% in Japan und rund 10% in Mexiko und Chile. Die Schweiz liegt mit 18% unter dem OECD-Mittelwert der öffentlichen Beschäftigung (siehe Grafik), interessanterweise weist

sie aber innerhalb der OECD die stärkste Zunahme seit 2008 (+3%) auf. Dies hinderte sie indes nicht, seit 2007 ein konstantes Niveau der öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zum BIP (33.5%) zu haben, das eines der tiefsten unter den OECD-Ländern ist (durchschnittlich 41.9%).

Die neue OECD-Studie empfiehlt den Mitgliedsländern unter anderem, in ihren Behörden intensiver Interessenkonflikte und andere Faktoren des Misstrauens auszumachen und abzubauen. Insbesondere sind oft die Vorschriften zur Offenlegung des Vermögens bestimmter Beamter unzureichend; das gilt beispielsweise für Richter, Staatsanwälte oder Vertreter der Steuer- und Zollverwaltung. Die Transparenz in diesem Bereich ist jedoch von zentraler Bedeutung, wenn das Vertrauen in die öffentlichen Behörden wiederhergestellt werden soll, das nicht mehr so gross ist wie vor der Krise. Der Ausbau des Anteils der Frauen im öffentlichen Sektor und die Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Daten sind weitere politische Mittel mit Hebelwirkung zur Schaffung der Grundlagen einer ausgeglicheneren Gesellschaft, die den Regierungen zur Verfügung stehen.

> Inhaltsverzeichnis

Public sector employment as a percentage of total employment, 2009 and 2013

